



Übersicht QSP 6 Vereinfachungen

Beilage 4

Umsetzung	vorgeschlagene Massnahme	Stand
QSP 1 Führung	<p>Im Rahmen des QSP 1 Führung ist die Delegation von Kompetenzen des Bundesrates an die Departemente sowie das systematische Zusammenführen von Zuständigkeit und Verantwortung mit dem Ziel der Effizienzsteigerung zu prüfen.</p> <p>Im Rahmen des QSP 1 Führung sind die Führungsstäbe in den Departementen und Ämtern zu überprüfen, wobei die Autonomie der Departemente in der Organisation der Führung zu wahren ist. So sind zum Beispiel das Verhältnis Linienmitarbeitende / Stabsmitarbeitende sowie der Abbau von Doppelspurigkeiten zwischen Departementen und Ämtern (inkl. Bereich Kommunikation) zu überprüfen.</p>	<p>Der BRA hat am 04.09.07 von der Kurzstudie "Neues Führungs- und Steuerungsmodell für die Bundesverwaltung?" des Kompetenzzentrums für Public Management (kpm) der Universität Bern Kenntnis genommen und verzichtet auf eine weitere Vertiefung der Erkenntnisse.</p> <p>Das Thema wurde im Rahmen des TP Überprüfung der Führungsunterstützungsstrukturen untersucht. Den Departementen und Ämtern wurden entsprechende Optimierungsvorschläge unterbreitet.</p>
QSP 2 HR 1 Optimierung	<p>Weisungen und Verordnungen im Personalbereich sind auf ihre Notwendigkeit bzw. ihren Mehrwert zu überprüfen.</p> <p>Die Kompetenzen im Personalbereich sind so weit wie möglich an die Departemente zu delegieren. <i>Präzisierung:</i> Es werden von QSP 2 auch Vorschläge für eine Delegation von der Stufe Departement auf die Stufe Amt erwartet.</p> <p>Der Prozess für die Stellenbewertung ist zu vereinfachen und die KoKo abzuschaftern.</p> <p>Das Ausbildungsangebot ist zu überprüfen. Dabei ist zu klären, was zentral und was dezentral sowie was durch interne und was</p>	<p>Bevor weitere Vereinfachungen diskutiert werden, soll das neue System der Berichterstattung über Finanzen und Rechnungswesen (NRM) greifen können. Das System wird später auch unter dem Gesichtspunkt von möglichen Vereinfachungen evaluiert werden.</p> <p>Wird im Rahmen der Revision BPG gemäss BRB vom 29.11.06 angegangen.</p> <p>vgl. BRB vom 29.11.06: Es wird ein Detailkonzept zur Organisation des Personalmanagements ausgearbeitet und dem BR unterbreitet.</p> <p>Mit Beschluss der GSK vom 28.04.06 wurde die KoKo in die GSK integriert. vgl. BRB vom 29.11.06: Als Sofortmassnahme wird die Kompetenz zur Klassifikation bis und mit LK 31 an die Departemente und die BK sowie jene für die LK 32-38 an das EFD delegiert.</p> <p>vgl. BRB vom 29.11.06: Es wird ein Detailkonzept ausgearbeitet und dem BR unterbreitet.</p>

Umsetzung	vorgeschlagene Massnahme	Stand
	<p>durch externe Anbieter erfolgen soll. Zu klären ist auch, wie eine bedarfsgerechte Ausbildung sichergestellt und optimiert werden kann.</p> <p>Vorschriften für den Zielvereinbarungsprozess (MBO) sind aufzuheben. Zentral festgelegt wird nur, dass der Vorgesetzte einmal im Jahr ein Mitarbeitergespräch (Bilanz/Ziele) führen muss und dass die Vorgesetzten z.B. 0,5% der Lohnsumme erhalten, die sie als sog. „lohnwirksame Massnahme“ einsetzen können. Es besteht keine Reportingpflicht mehr über Mitarbeitergespräche und „lohnwirksame Massnahmen“. <i>Präzisierung:</i> Ob alle Vorschriften abzuschaffen sind, muss die Untersuchung zeigen.</p> <p>Die verschiedenen HR-Organen sowie die Tagungen sind zu reduzieren.</p> <p>Reportings im Bereich HR sind abzuschaffen. <i>Präzisierung:</i> Controllings und Reportings müssen (auch) im HR-Bereich deutlich reduziert werden. Es ist jedoch kaum realistisch, sämtliche Reportings im HR-Bereich abzuschaffen zu wollen. Die zentrale Berichterstattung über die Fortschritte bei der Umsetzung der Personalpolitik entspricht einem berechtigten Anliegen des Parlaments. Wichtig ist, dass das Reporting weiter wesentlich wird, stufengerecht ausgestaltet ist und mit den Reportings im Finanzbereich (Staatsrechnung und Voranschlag) inhaltlich und zeitlich koordiniert ist.</p>	<p>vgl. BRB vom 22.08.07: Das aktuelle Lohnsystem wird optimiert: Zusammenlegung der Einsatz- und Anerkennungsprämie und Reduktion der Beurteilungsstufen.</p> <p>Die Überprüfung erfolgt im Rahmen der Erarbeitung der Detailkonzepte zum Personalmanagement bzw. zum Ausbildungsangebot.</p> <p>Die kritische Beurteilung der bestehenden Reportings hat zu folgenden Vorschlägen bzw. Reduktionen geführt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Halbierung der Anzahl Fragen in der Personalbefragung (90 Fragen anstatt 200) und somit Kürzung des Evaluationsberichts; • Verzicht auf sämtliche manuellen Erhebungen in der Berichterstattung zur Aus- und Weiterbildung ab dem Rechnungsjahr 2007 (Kürzung des Berichts um sieben Seiten); • Verzicht auf die Berichterstattung zu den ausserparlamentarischen Kommissionen; die entsprechende Verordnung (SR 172.311) wird bei nächster Gelegenheit angepasst; • Verzicht auf die jährliche Erhebung von Personal- und Stellenplanungen der Departemente (berücksichtigt bei der Revision der sogenannten Verordnung <i>Umbau mit Perspektiven</i>); • Verwesentlichung des Reportings nach Artikel 5 BPG ab dem Berichtsjahr 2006. <p>Ferner laufen die Arbeiten an der Entwicklung des integralen Personalcontrollings, welches weitere Vereinfachungen bringen wird.</p> <p>vgl. BRB vom 22.11.06 zur neuen Beschaffungsverordnung.</p>
QSP 5 Beschaffung	Logistikdienstleistungen: Der Prüfauftrag ist auf die Frage einer Lockerung des Beschaffungszwangs fokussiert.	
BK	Mitberichtsverfahren vereinfachen	Die Vorschläge der BK (Beschränkung der Mitberichte auf eine Seite) wurden von der GSK am 26.01.07 abgelehnt.

Umsetzung	vorgeschlagene Massnahme	Stand
	<p>Ämterkonsultation</p> <p>Die BK konkretisiert diese Massnahme zusammen mit der GSK und setzt sie um. Ziel muss sein, die Ämterkonsultation zu vereinfachen und zu straffen. Als Alternative ist zu prüfen, ob das Mitberichtsverfahren und die Ämterkonsultation allenfalls zu einer Konsultation zusammengelegt werden könnten (vgl. Vorgehen im Kanton BE).</p>	<p>Auf eine Massnahme in diesem Bereich wurde verzichtet.</p>
	<p>Entlastung der Traktandenliste des BR</p> <p>Die BK erarbeitet zusammen mit der GSK Vorschläge zu Händen des Bundesrates. Dabei berücksichtigt sie Vorschläge aus früheren Reformen.</p> <p>Botschaften</p> <p>Die BK hat den Vorschlag im neuen Leitfaden für die Erstellung von Botschaften und Berichten schon berücksichtigt (z.B. "eine Botschaft soll im Normalfall nicht mehr als 30 Seiten umfassen").</p> <p>Jahresziele/Geschäftsbericht</p> <p>Die BK diskutiert mit der GPK Vereinfachungsmöglichkeiten und unterbreitet dem Delegierten bzw. dem BRA und BR Vorschläge zur Effizienzsteigerung</p>	<p>Die Statistiken zeigen, dass der BR in den letzten Jahren entlastet wurde und die Zahl der Geschäfte und die Sitzungszeiten laufend gesenkt werden konnten. Es drängen sich keine weiteren Massnahmen auf.</p> <p>GSK 25.09.06: Botschaftsleitfaden wird verabschiedet.</p> <p>GPKs sehen keinen Handlungsspielraum, bei Jahreszielen und Geschäftsbericht, Abstriche zu machen.</p>
	<p>Bereich BR-Geschäfte</p> <ul style="list-style-type: none"> • Konsequente Einhaltung der Fristen bei der Antragsstellung und im Mitberichtsverfahren • Mitberichte auf das Wesentliche beschränken • Geschäfte, zu welchen die Mitberichte erst kurz vor der Sitzung eintreffen, auf eine spätere Sitzung verschieben • Duplikaten als zusätzliche Antwortmöglichkeit streichen • Doppel- und Tripelanträge vermeiden • Keine Nachmeldungen für die Traktandenliste zulassen • Traktandenliste von unreifen Geschäften entlasten • Papierflut vor BR-Sitzungen reduzieren • Abschaffung des Mitberichtsverfahrens. 	<p>Die Bundespräsidentin hat das Thema an der BR-Sitzung vom 21.02.07 dem Kollegium unterbreitet. Es wurde entschieden, auf Massnahmen zu verzichten.</p>

Umsetzung	vorgeschlagene Massnahme	Stand
EFD	Subventionscontrolling Die EFV berichtet dem Delegierten, ob und wie das Controlling vereinfacht werden kann.	Es werde bereits heute Wert darauf gelegt, den administrativen Aufwand gering zu halten und einem optimalen Kosten-Nutzen-Verhältnis Rechnung zu tragen. Im Rahmen der Berichterstattung über die laufende Subventionsprüfung werden dem BR gegebenenfalls Vereinfachungsvorschläge über die Subventionsüberprüfung unterbreitet.
UVEK	Das GS-UVEK erarbeitet einen Vorschlag zur Vereinfachung der Erstellung der Sachpläne.	Das ARE hat Vereinfachungsvorschläge eingereicht, die ab 01.01.07 sukzessive umgesetzt werden.
EDI	TP Archivierung: Das EDI erarbeitet Vorschläge für die Reduktion des gesamten Aufwandes des Bundes (d.h. bei archivierungspflichtigen Stellen und beim Bundesarchiv) bei der analogen Archivierung.	Die Vereinfachungsvorschläge für die analoge Archivierung werden vom BAR in den Antrag an den BR zur elektronischen Archivierung (GEVER) integriert.
REF 05/07	TP Berichtswesen: Eine kleine verwaltungsinterne Gruppe analysiert das Berichtswesen. Dabei ist <ul style="list-style-type: none"> • eine systematische Übersicht über die Berichte zu erstellen • ein Vorschlag zu erarbeiten, auf welche Berichte verzichtet werden kann. 	GSK 27.10.06: Eine systematische Erhebung der Berichte wird abgelehnt. GSK 26.01.07: Die Vorschläge zum Berichtswesen werden von der GSK zur Weiterbearbeitung angenommen. GSK 24.09.07: Berichtsleitfaden wird verabschiedet.
Parlament Staatspolitische Kommission	<ul style="list-style-type: none"> • Grundsatz der Zuständigkeit "ein Thema, eine Kommission" • Reduktion der gesetzlichen Berichterstattungspflicht • Reduktion der Anzahl Zusatzberichte für parlamentarische Kommissionen • Vereinfachung der Beratung von Budget und Staatsrechnung • Reduktion des Aufwandes für Vorstösse • Kein mehrmaliges Traktandieren von Vorstössen. 	Es liege in der Zuständigkeit des Parlamentes bzw. der zuständigen Kommissionen zu entscheiden, wo ein Beitrag zur Effizienzsteigerung geleistet werden solle bzw. könne. SPK hat am 14.09.06 in Aussicht gestellt, möglicherweise das Parlamentsgesetz zu evaluieren.